

Ltd. KVD Jaeger berichtete von der Untersuchung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW im Planungsamt und im Bauaufsichtsamt des Kreises und gab einen kurzen Sachstandsbericht zum Umsetzungsstand. (siehe beigegefügte Anlage 1)

Abg. Becker (CDU) bedankte sich für den Bericht mit dem Hinweis, dass man sich bewusst sei, dass nicht alles sofort umgesetzt werden könne, insbesondere in Anbetracht der zusätzlichen Einführung auf der technischen Ebene. Man ist auf einem guten Weg und er möchte dazu ermuntern, diesen in die gleiche Richtung weiter zu gehen. Er freue sich darauf, dass Handout zur Verfügung gestellt zu bekommen, um dann intern weiter darüber beraten zu können.

Abg. Steiner wollte zwei Punkte anmerken. Zum einen hat die GPA den Aufwand der Vorbereitungen des Sitzungsmanagements als erheblich bezeichnet. Was sich auch daran bemerkbar macht, dass die Sitzungen durch die gute Vorbereitung zügig abgewickelt werden können. Der Koordinierungsaufwand der gemeinsamen Sitzung mit Bonn, was auch Bestandteil des Vorschlags der GPA ist, sei für den Rhein-Sieg-Kreis sehr aufwändig. Er hoffe, dass sich durch den Personalwechsel an der Spitze der Stadt Bonn evtl. Verbesserungen ergeben, die sich auch auf unsere Arbeit auswirken.

Weiterhin habe er noch eine Frage in Bezug auf die deutliche Kritik der GPA hinsichtlich der Unterstützung durch die EDV-Betreuung des Hauses, die dazu führte, dass ein Mehraufwand entsteht. Da er keinen Hinweis hierauf bekommen habe, gehe er davon aus, dass diese Probleme mittlerweile abgestellt sind.

KVOR Römer bestätigte, dass diese technischen Probleme inzwischen abgearbeitet sind.

Abg. Becker (SPD) bedankte sich für den ausführlichen Bericht und geht davon aus, dass er dann auch noch schriftlich zur Verfügung gestellt wird. In der Fraktion wird man sich sehr intensiv damit beschäftigen, da einige sehr wichtige Fragen angesprochen wurden. In dem Bereich Politik sei der Blick aus Sicht der GPA oft sehr kurzfristig. Sollte man tatsächlich an der Stundenzahl zurückschrauben, dann wird es evtl. aufgrund von Nachfragen zu Doppelberatungen kommen, wenn die Vorbereitung nicht entsprechend ist. Sie glaube nicht, dass dann entsprechende Einsparungen erzielt würden, sondern auf Dauer ein Mehraufwand entstehe, der weder für die Verwaltung noch für die Politik sinnvoll sei. Von daher sei sie noch skeptisch, dass die Umsetzung wie im Prüfbericht vorgesehen ist, erfolgen wird. Man werde sicher nochmals auf den Prüfungsbericht zurückkommen.